



Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

HANDELSABTEILUNG

4.11.65

Département fédéral de l'économie publique

DIVISION DU COMMERCEVertraulich

Bericht über die Sondersession des UNCTAD-Rates in New York vom 28. und 29. Oktober 1965 betreffend Amtssitzfrage

Der Rat hat gemäss dem in seiner Resolution vom 13. September festgelegten Abstimmungsverfahren die Wahl zwischen den sieben als Amtssitz für das Sekretariat der UNCTAD vorgeschlagenen Städten getroffen. Genf erhielt im ersten Wahlgang genau das absolute Mehr von 28 Stimmen gegenüber 13 Stimmen für Rom, je 4 Stimmen für Addis-Abeba, London und Mexico und 1 Stimme für Accra. Nigerien zog vor der Abstimmung die Kandidatur von Lagos zurück. Dieser Beschluss wurde sodann in die Form einer Empfehlung an die Generalversammlung gekleidet, die einstimmig angenommen worden ist (Beilage 1). Der Abstimmung sind während mehrerer Tage offiziöse Verhandlungen zwischen den Delegationen sowie eine Reihe von Sitzungen der Gruppe der Entwicklungsländer vorausgegangen. Folgende Gründe dürften für die Bestätigung Genfs als Amtssitz der UNCTAD schliesslich den Ausschlag gegeben haben:

1. Der Sekretariatsbericht, der trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit überraschend gründlich ausgefallen ist, zeigte, dass die Kosten für das Sekretariat in Genf 1/2 Million Dollar niedriger sind als in der Hauptstadt mit den vorteilhaftesten finanziellen Bedingungen, London. Der Kostenvorteil gegenüber Rom wurde auf 789'000 Dollar geschätzt und gegenüber den Hauptstädten der Entwicklungsländer auf 750 - 970'000 Dollar. Dieser Kostenvorsprung Genfs beruht ausschliesslich auf der Tatsache, dass die Verwendung der am europäischen Sitz der Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden Konferenz- und Dokumentationsdienste wesentliche personelle Einsparungen ermöglicht. Was Konferenzsäle und Bureauräumlichkeiten betrifft, wurden diese von allen Bewerbern kostenlos angeboten; einzig für Genf war das Sekretariat gezwungen, eine Reserve von 50'000 Dollar für die allfällige Miete zusätzlicher Bureauräumlichkeiten vorzusehen.
2. Der Sekretariatsbericht und das schweizerische Memorandum brachten ferner zum Ausdruck, dass die Platzschwierigkeiten in Genf im Begriffe sind, überwunden zu werden. Da in allen anderen Städten an den angebotenen Konferenzsälen und Bureaubauten noch bauliche Anpassungen erforderlich gewesen wären, fiel das Argument dahin, dass bei einer Verlegung des Amtssitzes in eine andere Stadt ein Zeitgewinn erzielt werden könnte.
3. Die diplomatische Aktion der Schweiz und die Aufklärungsarbeit Botschafter Thalmanns in New York haben die Zweifel über die Bereitschaft der Schweiz, die UNCTAD in Genf aufzunehmen, zerstreut.

Dodis

- 2 -

4. Die Vielzahl der Kandidaturen liess die Schwierigkeit augenfällig werden, sich auf einen anderen Standort zu einigen.
5. Das Interesse, die UNCTAD als integrierender Bestandteil der UNO an einem Amtssitz der Weltorganisation zu errichten, ist in New York unter dem Einfluss des UNO-Generalsekretärs und der dort akkreditierten Delegationen stärker zum Ausdruck gekommen.
6. Die französische Delegation hat als Gegenzug zur Kandidatur Londons bei den assoziierten Afrikanern eine aktive Kampagne zugunsten Genfs geführt.

Umgekehrt muss festgehalten werden, dass die italienische Delegation ihre Kampagne bis in letzter Stunde mit allen Mitteln fortgesetzt hat und vor allem die Tatsache, dass die "vigilants" an den Genfer Grossratswahlen 10 Sitze erzielten, weidlich auszuschlachten versuchte. Wir wurden immer wieder von afrikanischen Delegationen über die politische Lage in Genf und das Ausmass der angeblichen Xenophobie und Rassenanimosität befragt. Unser Angebot, vor der afrikanischen Gruppe zu erscheinen und die Verhältnisse klarzulegen, wurde jedoch nicht benützt. Dagegen soll Tansanien beabsichtigt haben, an der offiziellen Ratssitzung eine Erklärung der Schweiz zu verlangen, von der Vereinigten Arabischen Republik aber von diesem Vorhaben abgebracht worden sein.

Der Kern der Auseinandersetzung betraf jedoch zweifellos die Grundsatzfrage, ob die UNCTAD in einem Entwicklungsland oder in einem Industriestaat beheimatet sein sollte. Die Mehrheit der Entwicklungsländer gelangte zur Ueberzeugung, dass die Einflussmöglichkeiten in einem Industrieland besser seien. Dies ist der Grund, weshalb in einer Vorabstimmung der nigerianische Vorschlag, diese Grundsatzfrage vorerst abzuklären, mit starker Mehrheit abgelehnt wurde. Aus der gleichen Ueberlegung haben die kandidierenden Entwicklungsländer nicht einmal die Mehrheit der Stimmen ihrer Region auf sich vereinigen können. Im übrigen muss anerkannt werden, dass der pakistanische Ratspräsident, Amjad Ali, es mit grosser Umsicht und Energie verstanden hat, eine Wiederholung der unerfreulichen Debatte, die in Genf stattgefunden hatte, zu vermeiden.

Da die Abstimmung geheim erfolgte, lassen sich über die Stellungnahme der einzelnen Länder nur mehr oder weniger zuverlässige Mutmassungen anstellen. Es darf jedoch als sicher angenommen werden, dass von den 18 westlichen Industriestaaten 12 für Genf gestimmt haben, U.K. und Australien für London, Italien, Holland, Deutschland und Spanien für Rom. Ferner haben die 6 Oststaaten geschlossen für Genf gestimmt. Genf hat somit nur ein Drittel der Stimmen der Entwicklungsländer erhalten, vermutlich diejenigen Brasiliens, Indiens, Pakistans, der Philippinen, der V.A.R., Marokkos, Nigeriens, des Kongos Léopoldville, Dahomeys und möglicherweise einiger weiterer französisch sprechender afrikanischer Staaten (Mali, Kamerun). Die mittelöstlichen Länder, Libanon, Iran und Irak, haben für Rom gestimmt aus Verärgerung wegen der schweizerischen Haltung gegenüber der O.P.E.C. In einem zweiten Wahlgang hätte Genf vermutlich zusätzlich die für London abgegebenen

- 3 -

Stimmen sowie diejenigen Mexikos, Chiles, Spaniens, Libanons, Aethiopiens und einiger weiterer Afrikaner erhalten.

Die endgültige Bestimmung des Amtssitzes muss durch die Generalversammlung der UNO erfolgen, der die UNCTAD unterstellt ist. Es ist daher zu begrüßen, dass der Rat sich nicht mit der Durchführung des Abstimmungsverfahrens begnügte, sondern anschliessend eine Empfehlung an die Generalversammlung ausarbeitete, die einstimmig angenommen werden konnte. Dadurch soll das Risiko einer Wiedereröffnung der Debatte an der Generalversammlung durch die mehr als 60 im UNCTAD-Rat nicht vertretenen Länder verringert werden. Es ist denn auch bezeichnend, dass diejenigen Delegationen, wie Tansanien, die an einer Schürung der politischen Gegensätze ein Interesse zu haben glauben, die Resolution als überflüssig bezeichneten und zu verhindern versuchten. Um dennoch eine Einigung herbeizuführen, mussten gewisse Zugeständnisse an diejenigen Entwicklungsländer gemacht werden, die auf eine möglichst grosse Autonomie der UNCTAD im Hinblick auf die spätere Umwandlung in eine selbständige Organisation tendieren.

Die Resolution enthält folgende wesentliche Punkte:

1. Als Kompensation für die Beibehaltung des Amtssitzes in einem Industriestaat wird in Aussicht genommen, dass gewisse Tagungen der Welthandelskonferenz, des Rates und der Fachkommissionen in Entwicklungsländern stattfinden werden. Falls die Generalversammlung dieser Empfehlung zustimmt, werden die Mehrkosten, die eine derartige Rotierung der Tagungsorte verursacht, zulasten des Budgets der UNCTAD gehen.
2. Generalsekretär Prebisch erhält die offizielle Unterstützung des Rates für seine Bemühungen in administrativer Hinsicht seinem Sekretariat eine möglichst grosse Autonomie zu sichern. Der entsprechende Passus wurde auf Druck der westlichen Industriestaaten jedoch wesentlich eingeschränkt. Prebisch soll mit Palthey schriftlich einen Modus Vivendi ausgehandelt haben. U Thant erklärte dem Unterzeichneten, dass er im höheren Interesse der Beibehaltung der UNCTAD an einem Amtssitz der UNO bereit sei, Prebisch die gleiche Unabhängigkeit zuzugestehen, die dieser als Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Lateinamerika genoss. Prebisch wird somit Spinelli nicht unterstellt werden.
3. Die Idee der Dezentralisierung am Platze Genf wird im besonderen Dank an die schweizerische und die französische Regierung für ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, Entlastungsmassnahmen zu treffen.
4. Dem Generalsekretär der UNO wird empfohlen, der Frage der Erweiterung des Völkerbundsgebäudes in Genf seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Dieser Passus ist auf Betreiben des UNO-Generalsekretariats in die Empfehlung aufgenommen worden in der Hoffnung, dass dadurch ein zusätzliches Argument für die Zustimmung der Generalversammlung zu den Bauprojekten, die bereits vor zwei Jahren unterbreitet worden sind, geschaffen werde. Trotzdem hat sich der Leiter der Finanzabteilung des UNO-Sekretariats, Bruce Turner, dem Unterzeichneten gegenüber über die Aussichten eher skeptisch geäussert.

5. Der Rat ersucht Generalsekretär Prebisch, über die Durchführung dieser Empfehlung im Februar und August nächsten Jahres Bericht zu erstatten. Diese Bestimmung zeigt, dass das Misstrauen gegenüber Genf noch nicht vollständig überwunden ist. Der Rat will sich auch formell die Möglichkeit vorbehalten, die weitere Entwicklung überprüfen und allenfalls kritisieren zu können.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, dass ein erster Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Eignung Genfs als internationales Konferenzzentrum zurückgelegt wurde, dass es jedoch einer Fortsetzung der schweizerischen Anstrengungen bedarf, um die bei den Entwicklungsländern entstandenen und von Italien eifrig geschürten Zweifel über die Einstellung Genfs zu den internationalen Organisationen endgültig zu beseitigen. Die italienische Delegation hat den knappen Wahlausgang benützt, um zu behaupten, es hätten sich zwar 28 Delegationen für, aber 26 gegen Genf ausgesprochen. Es ist damit zu rechnen, dass die Bestimmung des Tagungsortes für die nächstes Jahr stattfindende grosse Abrüstungskonferenz zu neuen Auseinandersetzungen Anlass bieten wird.

Schweizerischerseits wird es daher erforderlich sein, die zur Sanierung der Verhältnisse in Genf vorgesehenen Massnahmen ohne Verzug durchzuführen. Insbesondere sollte verhindert werden, dass die Uebersiedlung der Welt-Gesundheitsorganisation in ihr neues Gebäude eine Verzögerung erfährt. Entlastungsmassnahmen, wie der vorgesehene Bau eines internationalen Konferenzzentrums, erscheinen angesichts der Ungewissheit einer Zustimmung der UNO-Generalversammlung zur Erweiterung des Völkerbundsgebäudes besonders dringend. Ferner muss damit gerechnet werden, dass bei Freiwerden bestehender Gebäude (B.I.T.) die UNCTAD sich bemühen wird, eine Priorität für deren Benützung zu erhalten.

Von besonderer Bedeutung ist nach den in New York gehörten Kommentaren auch die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Genfer Bevölkerung und den internationalen Organisationen und Delegationen durch eine geeignete Aufklärung der Oeffentlichkeit über die tatsächlichen Verhältnisse sowie eine sorgfältige Pflege der "public relations".

Als nächster Schritt wird es nötig sein, mit Prebisch Fühlung zu nehmen und, gestützt auf seine Vereinbarung mit dem UNO-Generalsekretär, seinen Status nach aussen zu fixieren. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Frage einer allfälligen Anpassung des Sitzabkommens mit der UNO und die Akkreditierungsmöglichkeit besonderer UNCTAD-Delegationen zu regeln.

Andererseits sollte abgeklärt werden, welche konkreten Massnahmen Frankreich zu treffen bereit ist, um eine Ausdehnung des internationalen Sektors auf das Pays de Gex zu begünstigen. Die in New York von der französischen Delegation uns gegenüber gemachten Angaben waren sehr unverbindlich und lassen den Schluss zu, dass eine den Interessen beider Staaten Rechnung tragende Regelung zu verhandeln sein wird. Frankreich wäre offenbar bereit, internationalen Beamten

- 5 -

und Mitgliedern ausländischer Delegationen, die im Pays de Gex Wohnsitz nehmen, diplomatische Privilegien einzuräumen, hofft jedoch gleichzeitig, dass dadurch auch ein Anreiz für die Verlegung bestimmter internationaler Verwaltungszweige ins Pays de Gex geschaffen werde.

Vor allem aber sei noch erwähnt, dass eine eingehende Diskussion der Finanzierungsfragen in der V. Kommission der UNO-Generalversammlung bevorsteht. Bei dieser Gelegenheit werden die Vertreter des UNO-Generalsekretariats darzulegen haben, mit welchem Entgegenkommen sie seitens der Schweiz im Falle einer Erweiterung des UNO-Gebäudes glauben rechnen zu können. Aus Gesprächen mit den zuständigen UNO-Beamten sowie einer Reihe von Delegationschefs aus Entwicklungsländern zu schliessen, wird das schweizerische Begehren auf Verzinsung eine negative Reaktion auslösen. Die schweizerische Offerte wird zweifellos auch im Lichte der ausserordentlich grosszügigen Angebote beurteilt werden, die im Zusammenhang mit der Amtssitzfrage von anderen Mitgliedstaaten gemacht wurden und die erkennen lassen, welche grosse Bedeutung die anderen Staaten der Präsenz internationaler Organisationen beimessen. Es wird daher zumindest einer intensiven Fortsetzung der Aufklärung über das Ausmass unserer Leistungen, aber auch einer wesentlichen Geste im Sinne eines "à fonds perdu"-Beitrages (Ausstattung eines Sitzungssaales) bedürfen, um unerfreuliche politische Auswirkungen zu vermeiden.

Die im Beschluss des Bundesrates vom 19. Oktober vorgesehenen schweizerischen Offerten sind dem Rat bisher nicht offiziell unterbreitet worden, da keine eigentliche Debatte stattfand, wurden jedoch in Kulissengesprächen und gegenüber Generalsekretär Prebisch erwähnt. Die einzige offizielle schweizerische Erklärung wurde im Anschluss an die Abstimmung abgegeben (Beilage 2).

2 Beilagen

Geht an:

HH. Bundesrat Wahlen; Bundesrat Schaffner;
Botschafter Micheli; Botschafter Stopper; Dr. Homberger;
Direktor Redli;
Botschafter Thalmann, New York (3);
Minister Bindschedler;
Minister Burckhardt;
Minister Lindt;

Schweizerische Botschaften;
Schweizerische OECD-Delegation, Paris;
Schweizerische Mission bei den europäischen Gemeinschaften, Brüssel;

HH. Dr. Hartmann EPD; Dr. Dumont EPD;
Dr. Langenbacher EPD; Hegner EPD;

Lg, Wr;
Bü, Mi, Mo;
L, Si, And, Lu, Cd, D, Ve, Hy.

Beilage 1

TD/B/L.67/Rev.1
29 octobre 1965

ORIGINAL: ANGLAIS-FRANCAIS

Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement

CONSEIL DU COMMERCE ET DU DEVELOPPEMENT
Session extraordinaire
New York, 28 octobre 1965

SIEGE DU SECRETARIAT DE LA CONFERENCE DES NATIONS
UNIES SUR LE COMMERCE ET LE DEVELOPPEMENT

Résolution adoptée par le Conseil du commerce et du développement le
29 octobre 1965 à New York

Le Conseil du commerce et du développement,

Rappelant la résolution 1995 (XIX) de l'Assemblée générale,

Rappelant en outre sa résolution 17 (II) relative au siège du secrétariat de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement,

Exprimant sa profonde gratitude aux Gouvernements de l'Ethiopie, du Ghana, de l'Italie, du Mexique, de la Nigéria et du Royaume-Uni, qui, par souci d'assurer l'efficacité du fonctionnement du secrétariat de la Conférence, ont offert d'installer celui-ci dans leurs capitales respectives, et au Gouvernement suisse qui, dans le même but, s'est montré disposé à faciliter l'installation du secrétariat de la Conférence au Palais des Nations, à Genève,

Prenant acte du rapport d'ensemble établi par le secrétaire général de la Conférence pour comparer les avantages respectifs des divers sièges proposés (TD/B/L.65 et Add. 1),

Prenant également acte avec gratitude des déclarations faites par le Gouvernement suisse et le Gouvernement français sur les mesures que ces gouvernements pourraient prendre en vue de mettre des facilités supplémentaires à la disposition du centre international de Genève,

Soucieux de voir le secrétariat de la Conférence installé de façon permanente le plus rapidement possible dans les conditions les plus favorables, afin qu'il puisse s'acquitter de ses fonctions avec le maximum d'efficacité et aider ainsi la Conférence à atteindre ses buts et ses objectifs,

Ayant examiné tous les aspects de la question sur la base du rapport du secrétaire général de la Conférence et des renseignements complémentaires fournis par les gouvernements intéressés,

1. Recommande que le siège du secrétariat de la Conférence soit installé de manière permanente à Genève;

- 2 -

2. Confirme la disposition de sa résolution 5 (I) relative à l'établissement d'un bureau de liaison au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York;
 3. Considère que, pour accroître l'influence de la Conférence et permettre à ses membres de mieux se familiariser avec les problèmes du commerce et du développement dans différentes régions, certaines des réunions de la Conférence, du Conseil et des autres organes de la Conférence pourraient se tenir parfois ailleurs, en particulier dans des pays en voie de développement;
 4. Recommande, pour que soient assurés les conditions les meilleures pour le fonctionnement de la Conférence et les moyens suffisants pour le service de ses réunions, que le secrétaire général de la Conférence prenne toutes les dispositions pour que le secrétariat de la Conférence soit doté de l'autonomie nécessaire sur le plan administratif et pour les questions connexes, tout en ayant recours dans toute la mesure du possible aux moyens dont dispose l'Office européen de l'Organisation des Nations Unies;
 5. Recommande que le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies continue à se préoccuper du problème général des installations et services de conférence et, notamment, de celui des salles de conférence au Palais des Nations, afin de faciliter le développement convenable des activités de la Conférence;
 6. Prie le secrétaire général de la Conférence de compléter le recrutement du personnel dans le plus bref délai possible;
 7. Prie également le secrétaire général de la Conférence de faire rapport au Conseil du commerce et du développement à sa troisième et quatrième session sur l'application de la présente résolution.
-

Beilage 2

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

Berne, le 29 octobre 1965

C o m m u n i q u é

A la suite du vote du Conseil de l'UNCTAD confirmant le choix de Genève comme siège du secrétariat de cette organisation, le chef de la Délégation suisse, M. le Ministre Paul Jolles, a fait à New-York la déclaration dont voici le texte:

"Au nom du Gouvernement suisse et des Autorités genevoises, je tiens à remercier le Conseil de l'honneur qu'il a fait à la Suisse et à Genève en recommandant que le siège y soit établi. Nous y sommes d'autant plus sensibles que l'UNCTAD représente pour nous un des domaines d'activités les plus urgentes et les plus nécessaires des Nations Unies. Nous savons que le développement économique des pays les moins favorisés est une des tâches primordiales de notre époque et qu'il faut rechercher sans relâche des voies nouvelles qui nous permettront d'atteindre ce but. Aussi voudrions-nous affirmer une fois de plus notre ferme détermination d'entreprendre tout ce qui est en notre pouvoir pour faciliter le démarrage rapide des travaux de l'UNCTAD. Il faut, en effet, que le secrétariat puisse concentrer immédiatement tous ses efforts sur la solution des problèmes de fond, sans aucune entrave ou difficulté d'ordre administratif. Il s'agit de rattraper au plus vite le temps précieux que la question du siège a déjà fait perdre à l'UNCTAD. Nous vous remercions, M. le Président, d'avoir su avec fermeté amener le Conseil à résoudre définitivement ce point aujourd'hui.

Nous souhaitons à notre éminent Secrétaire général, M. Trebisch, et à ses collaborateurs une chaleureuse bienvenue à Genève. Nous sommes persuadés qu'ils y trouveront un climat propice à leurs travaux et que la collaboration internationale dans le domaine économique sera rendue plus efficace par la stimulation réciproque qui résulte de la présence en un même endroit de tant d'activités et d'organisations diverses.

Nous voudrions saisir cette occasion pour rendre hommage, comme l'a fait le Secrétaire général dans son rapport comparatif sur les différents sites, à tous les pays qui, par la générosité de leur offre, ont témoigné de l'importance qu'ils attachent à l'UNCTAD. La décision du Conseil de maintenir la recommandation qu'il avait adoptée pendant sa première session en avril indique bien qu'il était difficile de trancher entre les mérites et les avantages si évidents des différentes villes qui ont posé leur candidature et qu'un nouveau choix eut été extrêmement délicat. Ce sont des raisons d'ordre fonctionnel et le désir de tirer parti d'une infrastructure qui est déjà en place qui ont décidé le Conseil en faveur du Bureau européen des Nations Unies. Nous

- 2 -

souhaitons cependant que le Conseil et ses Commissions et même la Conférence aient l'occasion de se réunir dans un pays en voie de développement, afin de nous permettre de faire l'expérience directe et personnelle des problèmes du développement auxquels nous devrions trouver des solutions.

En concluant, je voudrais affirmer une fois de plus la volonté de la Suisse de continuer sa politique traditionnelle d'accueil et d'hospitalité envers les organisations internationales. Il s'agit d'une tradition ancrée dans notre politique de neutralité permanente.

Enfin, pour faire face aux besoins futurs des organisations internationales et pour favoriser leur croissance, le Gouvernement suisse, d'entente avec les Autorités genevoises, a décidé de construire un centre international. Il continuera aussi à donner son appui financier à l'agrandissement du Palais des Nations et à faciliter la décentralisation qui pourrait s'avérer judicieuse. Nous remercions la Délégation française de l'appui qu'elle vient de nous offrir à ce sujet. En outre, toutes les mesures nécessaires ont été prises pour adapter l'infrastructure de Genève aux exigences accrues du secteur international.

Il me reste ainsi à remercier tous ceux qui ont témoigné leur attachement à Genève et à mon pays et à assurer le Conseil et toutes les délégations représentées dans cette enceinte de notre volonté de ne ménager aucun effort en faveur du noble idéal de l'UNCTAD."